

Gutes Ergebnis für Engadiner Kraftwerke

Die 58. ordentliche Generalversammlung der Engadiner Kraftwerke AG (EKW) hat zum ersten Mal unter dem Vorsitz von Verwaltungsratspräsident *Martin Schmid* im Auditorium des Schweizerischen Nationalparks in Zernez stattgefunden. Direktor *Peter Molinari* begrüßte die Anwesenden zunächst auf Rätoromanisch. Dabei nahm er Bezug auf seine bevorstehende Pensionierung und dankte allen Anwesenden für ihre individuellen und persönlichen Beiträge, die für ihn die vergangenen 20 Jahre zu den interessantesten, aber auch herausforderndsten in seiner ganzen beruflichen Laufbahn gemacht haben.

In seinem Rückblick über das Geschäftsjahr 2011/12 verwies Molinari auf die Berichterstattung im Geschäftsbericht und erwähnte, dass die EKW mit einer Nettoenergieproduktion von 1365 Mio. kWh im letzten Geschäftsjahr 10,8 Prozent über der Produktion des Vorjahres und 5,3 Prozent über der durchschnittlichen Produktionserwartung lag. Mitverantwortlich für dieses erfreuliche Resultat waren laut Mitteilung unter anderem eine optimale Schneeschmelze, die praktisch nie zu Überlauf an den Wasserfassungen geführt hat, sowie ein relativ nasser Sommer. Weiter berichtete der Direktor, dass die Verfügbarkeit der Anlagen im letzten Geschäftsjahr mit 94,6 Prozent um 3 Prozentpunkte tiefer war als im Vorjahr. Gründe dafür seien in erster Linie der Ersatz der Stromableitungsschienen und der Generatorschalter an den Maschinengruppen 1 bis 4 in der Zentrale Pradella.

Speziell beschäftigt hat sich der Verwaltungsrat laut Mitteilung mit dem Thema Strassentunnel. Für die Umsetzung der Sicherheitsmassnahmen im Tunnel Munt la Schera wurde ursprünglich ein Kredit von 600 000 Franken gesprochen, der im Dezember 2012 mit einem Nachtragskredit von 500 000 Franken zu einem Gesamtkredit von 1,1 Mio. aufgestockt wurde. Die von den Partnern und von der öffentlichen Hand zu vergütenden Jahreskosten sind mit 79,2 Millionen Franken um 2,3 Prozent höher als im Vorjahr. Dem Kostenanstieg von 4,6 Millionen Franken, welcher hauptsächlich auf höhere Wasserrechtsabgaben und sonstige Konzessionsleistungen zurückzuführen ist, steht ein Mehrertrag von 2,8 Mio. Franken gegenüber. (bt)

KURZ GEMELDET

● **Forstrevier Sotgôt genehmigt:** Die Statuten des neuen Gemeindeverbandes Forstrevier Sotgôt werden von der Regierung genehmigt.

● **Geld für Gesamtmelioration:** Unter dem Vorbehalt eines Bundesbeitrages wird von der Regierung an die Mehrkosten der 5. Etappe der Gesamtmelioration Casti-Wergenstein ein kantonaler Beitrag von höchstens 39 240 Franken zugesichert.

STREIFLICHT

Grüblerische Blicke auf das Olympia-Manifest

210 Kulturschaffende und 15 Kulturpreisträger stehen mit ihrem Namen für den Widerstand gegen den Grossanlass Olympische Winterspiele. Das BT hat die Liste durchgekämmt.

Von Sabrina Bundi

Das Inserat sticht ins Auge, denn nur kleingedruckt haben die insgesamt 210 Namen der Bündner Künstler, Architekten, Journalisten, Schriftsteller, Volksmusiker, Theaterleute, Wissenschaftler und Musiker auf einer Zeitungsseite Platz. Mit dem zweiten Blick wird klar, dass sie alle ein Manifest unterzeichnet haben, das zu einem Nein zu den Olympischen Winterspielen in Graubünden aufruft. Die Hauptgründe: «Olympia wird ein kurzes Freudenfeuer mit hohen Umweltlasten, ist ideenlos und fremdbestimmt und verschlingt das Geld, das anderswo fehlen wird.» Und unmittelbar nach diesen zwei ersten Eindrücken fragt sich mancher Leser beeindruckt: «Wo kommen denn die vielen Kulturschaffenden her?» Die Liste lockt zum Stöbern.

Etwas genauer hingeschaut

Auf den dritten Blick scheint es erstaunlich, im Manifest Namen von Kulturvertretern zu finden, die in engem Arbeitsverhältnis mit dem Kanton – dem Olympia-Geldgeber – stehen. So beispielsweise jenen vom Kantonsarchäologen *Thomas Reitmaier*, dem Direktor des Rätischen Museums, *Jürg Simonett*, oder dem Direktor des Bündner Kunstmuseums, *Stephan Kunz*. Bahn frei für kleine Spekulationen: Gibt das keinen Ärger mit dem Vorgesetzten? Keineswegs, denn wer sorgfältig hinschaut, sieht, dass sie als Archäologe, Historiker und Kunsthistoriker unterschrieben haben, also privat. Und wie der Vorsteher des Kulturdepartements, *Martin Jäger*, erklärt: «Solange Mitarbeitende des Kan-



Eine Seite voller Namen: Rund 210 Kulturschaffende haben ein Manifest unterschrieben, das sich gegen Olympische Winterspiele in Graubünden wehrt. (Foto Olivia Item)

tons ihre politische Meinung eindeutig als Privatpersonen äussern, sind sie natürlich frei, dies zu tun.» Also definitiv kein Ärger mit dem Chef – und auch nicht mit der direkten Vorgesetzten *Barbara Gabrielli*, Leiterin des Amtes für Kultur- und Sprachförderung, die ähnlich argumentiert.

Reitmaier erzählt, warum er unterschrieben hat: Er interessiert sich zwar sehr für Wintersport, dennoch steht für ihn der Landschaftsschutz im Vordergrund. Er würde den momentan «sehr leidenschaftlich geführten Dialog über die Zukunft Graubündens und die Handhabung von Investitionen» lieber zu verschiedenen Veranstaltungen im Kulturbereich führen, anstatt zu einem einzigen Sportereignis.

Kunz ist derselben Meinung: «Es gibt andere Möglichkeiten, den Kanton weiterzubringen, auch

im kulturellen Bereich besteht noch mehr Potenzial.» Der Direktor des Kunstmuseums ist kein Fan von punktuellen Events, sondern setzt lieber auf längerfristige Projekte. Und auch der Dritte, *Jürg Simonett*, steht voll und ganz hinter den Parolen des Manifests. Darüber, wie die Bündner Kultur mit Olympia zu vereinen wäre, wenn die Spiele durchgeführt würden, machen sich die Institutsleiter ganz nach der Devise «Alles zu seiner Zeit» noch keine Gedanken. Auch Gabrielli bleibt pragmatisch: «Mit der Frage, was Graubünden 2022 für die Bündner Kultur bedeutet, werden wir uns dann beschäftigen, wenn die Winterspiele auch in Graubünden stattfinden sollten.»

Und noch etwas genauer

Der vierte Blick auf das Manifest fällt etwas länger aus, denn ein paar Persönlichkeiten werden vergeben gesucht. Unter den Kulturpreisträgern fehlen nämlich nur wenige Namen, darunter *Giovanni Netzer* und *Arnold Spescha*. Wäh-

rend Netzer für das BT nicht zu erreichen ist, steht Romanist *Spescha Red* und Antwort: Er werde ein Ja auf seinen Abstimmungsstempel setzen. Er nennt drei Gründe: «Ich bin der Meinung, dass wir den Mut haben müssen, etwas Grosses zu wagen.» Zweitens will *Spescha* der jungen Generation eine Chance geben, denn «ich habe mit einigen jungen Leuten geredet, die für Olympische Winterspiele sind.» Und drittens erhofft er sich als Nebeneffekt einen wirtschaftlichen Aufschwung für den Kanton – auch für die nicht direkt betroffenen Regionen wie die Surselva. Eine besondere Chance sieht der Romanist auch für die romanische Sprache, die einem völlig neuen Publikum präsentiert werden könnte. Das sollte «aber nicht in einer pseudofolkloristischen Weise geschehen, indem nur ein paar 'Allegra'-Schilder aufgestellt werden, sondern in der tatsächlichen, gelebten Art der Sprache.» Dasselbe gelte auch für das Bündner Kultursteckenpferd Musik und Gesang.



Regionalparlament Surselva

Neufinanzierung der Musikschule

Carmelia Maissen ist zur Parlamentspräsidentin der Regiun Surselva für 2013 gewählt worden. Sie folgt auf Sievi Sgier. Neuer Vizepräsident wurde Reto Jörger.

Von Gieri Dermont

An der ersten Sitzung 2013 des Parlaments der Regiun Surselva vom Donnerstagabend in Ilanz stand die Bestellung des Ratsbüros an. Dabei wurde die bisherige Ratsvizepräsidentin *Carmelia Maissen*, promovierte Architekturstudienhistorikerin aus Sevegin, einstimmig zur neuen Ratspräsidentin und Nachfolgerin von *Sievi Sgier* (Andiast) gewählt. Zum Ratsvizepräsidenten wurde *Reto Jörger* (Vals) erkoren. Als erster Stimmenzähler und Mitglied des Ratsbüros beliebte *Kevin Brunold*, während *Daniel Solèr* zum zweiten Stimmenzähler gewählt wurde. Neu in das Parlament Einsitz nahm *Simon Casutt* (Falera) als Nachfol-

ger von *Max Buchli* (Versam), der auf Ende 2012 zurücktrat.

Finanzierung der Musikschule

Die Finanzierung der Musikschule muss neu geregelt werden. Der jährliche Mehrbedarf liegt bei rund 200 000 Franken. In der Novembersession hatte sich das Parlament mit einer Vorlage zu befassen, die eine Erhöhung des Vorwegbeitrages der Gemeinden von 140 000 auf 170 000 Franken sowie eine Erhöhung der Restkostenanteile der Gemeinden von 45 auf 68 Prozent vorsah, was zusätzliche 170 000 Franken erbracht hätte. Das Parlament wies die Vorlage jedoch zur Überarbeitung zurück.

In der Folge wurde nun eine Vorlage mit vier verschiedenen Varianten präsentiert. Das Regionalparlament folgte dem Antrag des Regionalvorstandes und genehmigte die Variante Mix 2. Diese rechnet mit Minderausgaben von 12 000 Franken durch eine abgeschwächte Lohnanpassung sowie Mehreinnahmen von 10 000 Franken mit Sofort-

massnahmen, einer Erhöhung des Vorwegbeitrages um 30 000 Franken, einer Erhöhung der Schulgelder um 5 Prozent, was 34 000 Franken ausmacht, einer Erhöhung des Restkostenanteils um 12 Prozent auf 57 Prozent, was 102 000 Franken erbringt, sowie eine Erhöhung des Kantonsanteils um 23 000 Franken. Diese Massnahmen erbringen zusammen 211 000 Franken. Sodann wurde der Voranschlag der Musikschule genehmigt. Dieser rechnet bei Summen von 1,6 Millionen Franken mit einem Vorschlag von 66 000 Franken.

Für Olympiakandidatur

In einer Resolution sprach sich das Parlament der Regiun Surselva abschliessend mit 16 zu zwei Stimmen bei zwei Enthaltungen für die Olympiakandidatur Graubünden 2022 aus. Die Regionalparlamentarier der Surselva stellen sich damit in aller Deutlichkeit hinter die Kandidatur, auch wenn keine Olympischen Disziplinen in der Surselva vorgesehen sind.

Parolen

Nur DSP Davos für Olympia

Die Demokratisch-Soziale Partei (DSP) hat zu Olympia zwei unterschiedliche Parolen herausgegeben. Die Sektion Davos beschloss die Ja-Parole, die Geschäftsleitung der DSP Graubünden hingegen entschied sich für Stimmfreigabe. Die Vorlage habe in der Geschäftsleitung zu «einer heftigen Diskussion» zweier Lager geführt, begründete DSP-Parteipräsident *Leo Koch* die Stimmfreigabe.

Uneinig war sich die Geschäftsleitung auch bei der Proporzinitiative. Letztlich entschied sich das Gremium mit Stichentscheid des Präsidenten für die Nein-Parole. Wichtig sei, so die DSP in ihrer Medienmitteilung, dass im Grossen Rat weiterhin jedes Tal mindestens einen Abgeordneten stellen könne und «neutrale Parteiose» weiterhin eine Wahlchance hätten.

Einigkeit herrschte hingegen bei der Abschaffung des Behördenreferendums (Ja) und bei den eidgenössischen Vorlagen. Befürwortet wird von der DSP nur die Volksinitiative «gegen die Abzockerei». (er)

ANZEIGE



Reto Nick, Geschäftsführer Hauseigentümerverband GR

Das revidierte Raumplanungsgesetz ist zentralistisch.

NEIN zum Raumplanungsgesetz am 3. März



HEV Schweiz, Postfach, 8032 Zürich